

## Alle drei B 456-Projekte drin

### VERKEHRSPLANUNG „Neuer Arbeitstitel“ für Saalburgchaussee und PPR-Kreuzung

USINGEN/BERLIN (bu). Im vom Bundeskabinett in Berlin verabschiedeten Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 (BVWP) ist der „vierspürige Ausbau von Wehrheim bis Oberursel“ der Saalburgchaussee (Bundesstraße 456) noch enthalten. Der für Planung, Bau und Finanzierung von Verkehrsprojekten unverzichtbare Plan listet außerdem die Usinger Nord-Ost-Umgehung (B 456/B 275) und die Umgehung Grävenwiesbach der Bundesstraße B 456 auf.

Das haben auf Anfrage des UA unabhängig voneinander die Büros der beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD) und Markus Koob (CDU) bestätigt. Der Plan wird nach der Sommerpause im Verkehrsausschuss intensiv beraten, kommt dann zur Verabschiedung in den Bundestag.

Die vom Land Hessen nach einem „Bürofehler“ bei Hessen Mobil „nachgemeldete“ Ortsumgehung Usingen ist wie vorgesehen in der Kabinettsfassung des Bundesverkehrswegeplans 2030 in die Kategorie „vordringlicher Bedarf“ eingestuft. Das heißt, wie Annett Röder vom Berliner Büro Schabedoths erläuterte, die Nord-Ost-Umgehung wird im Gelungszeitraum des BVWP bis zum Jahr 2030 umgesetzt oder zumindest begonnen. Die Straße ist mit einer Gesamtinvestition von 37,7 Millionen Euro und mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 4,2 eingesetzt. Alleine dieser Wert bedeute „eine hohe Realisierungschance“, hatte Markus Koob Mitte Juli attestiert. Derzeit wartet man in Usingen auf die sogenannte „zweite Offenlage“, die allerdings noch nicht terminiert ist. Der erste öffentliche „Erörterungstermin“ war Ende November 2010 in Usingen. Die dort vor allem von Gegnern und der Landwirtschaft geäußerten Bedenken und Änderungswünsche wurden seitdem in den Trassenplan eingearbeitet. Ein Zwischenergebnis wurde im März 2014 in einer Bürgerversammlung vorgestellt.

Grävenwiesbach: Nach 2030

Weniger konkret ist das zweite Projekt für die Bundesstraße 456, die Ortsumgehung Grävenwiesbach. Sie ist im Plan in der Kategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ eingestuft. Laut Büro Schabedoth bedeutet das: „Investitionsmittel voraussichtlich erst nach 2030“. Es geht um 3,6 Kilometer für 17,3 Millionen Euro.

Im Plan noch unverändert enthalten ist die „Ortsumgehung Wehrheim/Oberursel“ der B 456. Es geht um 7,9 Kilometer mit „Engpassbeseitigung“ und für 41,7 Millionen Euro. Konkret geht es dabei um die Saalburgchaussee und die PPR-Kreuzung in Bad Homburg-Dornholzhausen von Wehrheim Süd bis zum A661-Anschluss Oberursel Nord: seit Jahrzehnten das Nadelöhr schlechthin und der Schauplatz massiver und nerviger Staus morgens und abends für die Berufspendler aus dem Usinger Land.

Gegen dieses Projekt und vor allem die Beschreibung „vierspüriger Ausbau“ gab es massive Kritik, Widerstände, Unterschriftensammlungen der „Bürgervereinigung gegen den Ausbau der Saalburgchaussee/Hohemarkstraße“ und ein klares Votum der Politik aus Bad Homburg, wo die Planungshoheit im Stadtgebiet liegt. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Bad Homburg haben einstimmig dafür gestimmt, den „vierspürigen Ausbau“ der Bundesstraße B 456 aus dem Bundesverkehrswegeplan ersatzlos zu streichen. Man wolle keine „Stadtautobahn“, die die Stadt zerschneide.

Der Kreistag des Hochtaunuskreises, dem allerdings in der Sache kein Planungsrecht zusteht, hat Anfang Juni allerdings mit den Stimmen der Regierungskoalition von CDU und SPD sowie der AfD bei Enthaltung der FWG eine Streichung abgelehnt.

Kreisbeigeordneter Uwe Kraft (CDU) skizzierte damals die Mehrheitsmeinung: Das sei ja nur ein „Arbeitstitel“ im Bundesverkehrswegeplan ohne konkrete weitere Planung etwa einer befürchteten Stadtautobahn, eben nur ein „Platzhalter“. Wenn der aus dem Plan gestrichen werde, könne man weder planen noch bauen und bekomme kein Geld vom Bund.

Das ist so auch in Berlin angekommen, wie es aus dem Büro des Hochtaunus-Abgeordneten Koob hieß. Das Projekt sei noch im Plan; in der weiteren Bundestags-Beratung wolle man einen „neuen Arbeitstitel“ finden, der die Bad Homburger Bedenken entkräftet, aber Verkehrslösungen ermöglicht.

Einstimmig hatte sich im Juni der 71-köpfige Kreistag dafür ausgesprochen, nochmals alle möglichen Lösungen für Saalburgchaussee und PPR-Kreuzung zu untersuchen und die Prüfungsergebnisse dem Bauausschuss vorzulegen. Alternativlösungen zum Verkehrstunnel sollen gemeinsam mit der Stadt Bad Homburg geprüft werden.